

Traumberuf Politiker

Wenn man die Piraten-Abgeordneten Delius und Lauer in der Abendschau am 25. Juni gehört hat, muss man zu der Erkenntnis kommen, dass Politiker zu sein, ein toller Job ist. Für Christopher Lauer ist es ein Traumberuf und Martin Delius sagte wörtlich über seine Zeit im Parlament: „Best time of my life, so far.“ Der Traum für Christopher Lauer ist ausgeträumt, und für Martin Delius wird es vermutlich bei der Linkspartei eine weitere beste Zeit seines Lebens geben, er hat ja mit seinen 32 Jahren eine politische Karriere noch vor sich. Seine Tätigkeit im BER Untersuchungsausschuss hat ihm über die Parteigrenzen hinweg große Anerkennung eingebracht.

Die Oppositionsparteien trauern den Piraten ebenso nach wie die CDU. Die Piraten haben Antje Kapek von den Grünen zwar manchmal genervt, sie wird sie aber sehr vermissen. Für Steffen Zillich von der Linkspartei haben die Piraten für Spaß gesorgt, und Stefan Evers von der CDU-Fraktion merkt an, dass es allemal wertvoll war, was man von ihnen lernen konnte. Auch er wird sie vermissen. Als Protestpartei sind sie ihm lieber als das, was jetzt von Rechts kommt.

In den Meinungsumfragen erscheinen sie bei Forsa noch mit drei Prozent, während sie bei Infratest dimap in der Rubrik „Sonstige“ verschwinden.

Ist Politiker nun aber wirklich ein Traumberuf? In der Opposition hat man es recht einfach. Man trägt für keine Entscheidung Verantwortung, es sei denn, man stimmt mit der Regierungskoalition, was selten ist. Man kann alles trefflich kritisieren, was die Regierung macht und kann Gegenvorschläge für eine bessere Welt einbringen, ohne auf so lästige Details wie Finanzen schauen zu müssen. In der Opposition weiß man grundsätzlich alles besser ohne den Beweis antreten zu müssen.

Kommen wir nun zu den Fraktionen, die die Regierung, also in Berlin den Senat tragen. Die Mitglieder der Regierungsfractionen, egal, ob Kommune, Land oder Bund, glauben häufig, dass sie „etwas bewegen können“. Eine Lieblingsformulierung, wenn man Menschen danach fragt, warum sie in die Politik gegangen sind. Die Realität sieht natürlich ganz anders aus. Ehe es eine Idee durch alle Instanzen der Parteigliederungen bis ins Abgeordnetenhaus schafft, vergeht nicht nur viel Zeit, sondern verlässt den einen oder anderen auch häufig der Mut. Letztlich ist es ein kleiner Kreis an der Fraktionsspitze, der ent-

scheidet. Und der es sich sogar herausnehmen kann, irgendein Projekt, das er spontan für wichtig hält, in die Welt zu tragen und durchzusetzen. Wenn man also etwas bewegen will, muss man es bis weit nach oben schaffen.

Während sich die Medien nur gering für den gemeinen Abgeordneten interessieren, steigt die Aufmerksamkeit sozusagen parallel zum Aufstieg in höhere Positionen. Fraktionsvorsitzender ist schon toll, Regierungsmitglied natürlich die Königsklasse, und Regierungschef das allergrößte. Franz Müntefering hat einmal gesagt, dass Parteichef der SPD zu sein, „das schönste Amt neben Papst“ ist. Vielleicht wollte Michael Müller neben seiner Tätigkeit als Regierender Bürgermeister deshalb auch wieder Parteivorsitzender werden.

So komfortabel es sein mag, ein so großes Büro zu haben, dass man dort richtig durchatmen kann, so dünn ist doch die Luft so weit oben. Denn an allem, was in der Stadt schief läuft, ist letztlich immer der Senat Schuld. Auch wenn die Bezirksämter das eine oder andere nicht auf die Reihe kriegen, so zeigen sie immer nach oben mit dem Hinweis, dass hier unten alles besser wäre, wenn man nur mehr Geld hätte. Gibt es dann allerdings mehr Geld, haben die Bezirke oft genug bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, es auszugeben. Daran hat natürlich auch der Senat Schuld. Man könnte natürlich viel schneller die Schulen sanieren, wenn man ausreichend Bauleiter hätte, die sich darum kümmern. Diese Stellen sind in der Vergangenheit kontinuierlich abgebaut worden und nun, da die Stadt wächst und dringend saniert und gebaut werden muss, fehlen die entsprechenden Experten in den Bauämtern.

Die Schuldfrage ist also geklärt. Politiker sein, zu allen wichtigen Events eingeladen zu werden, unverbindlich zu smalltalken und das eine oder andere Häppchen zu probieren, macht nur dann Spaß, wenn man sich im Mittelfeld befindet. Ganz oben wird jeder Schluck und jeder Bissen fotografiert. Rundgang auf der Grünen Woche früh um acht Uhr. Nimmt der Senatschef das Angebot an, an einem Schnaps zu nippen, von trinken wollen wir gar nicht reden, ist die Schlagzeile samt Foto gewiss.

Die schlechtesten Erfahrungen mit solchen Geschichten hat ja Klaus Wowereit gemacht, als ihm jemand einen roten Damenschuh in die Hand drückte und sich seitlich jemand mit einer Flasche Schampus ins Bild drängte. So entstand das Lieblingsfoto der Medien, das Wowereit bis zum Ende seiner Amtszeit anhaftete.

Ich weiß nicht, ob es in anderen Metropolen – ich meine Metropolen und nicht andere deutsche Städte - auch Probleme mit den Bürgerämtern, der Registrierung von Flüchtlingen, der Integration, dem Bau eines Flughafens und was noch alles gibt. Ja, diese Probleme sind in Berlin vorhanden, jeder weiß es und keiner verschweigt es. Mein Eindruck ist jedoch der, dass an der Lösung vieler dieser Probleme gearbeitet wird und an verschiedenen Stellen schon Verbesserungen sichtbar werden. Es geht aber vielen nicht schnell genug, nicht der Opposition und erst recht nicht die Medien.

Die Medien haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, kritisch über alles zu berichten. Eine faire Berichterstattung wäre wünschenswert, wird aber in vielen Redaktionen als unnötige empfunden. Mit Leuten zu reden, über die man sich negativ auslässt, Recherche genannt, hält nur auf. Niemand wird die Medien daran hindern, auch über gelungene Projekte und Vorhaben zu berichten. In vielen Redaktionen herrscht jedoch die Meinung vor, dass das für die Leser langweilig sei. Schön, wenn immer die Zeitungsmacher wissen, was ihre Leser gern hätten. Rückläufige Auflagezahlen haben viele Zeitungsmacher bisher nicht zum Umdenken veranlasst.

Dass Regierungschefs alles ertragen müssen, ist Teil ihres Jobs. Selten geht es dabei gerecht zu, sieht man einmal vom Zuspruch des einen oder anderen Bürgers ab, den man bei Veranstaltungen trifft. Satire darf ja bekanntlich alles, und da muss man es sich als Regierender Bürgermeister gefallen lassen, in der ZDF „heute show“ von Gernot Hassknecht als „sprechende Raufasertapete“ bezeichnet zu werden. Michael Müller soll sich darüber sehr amüsiert haben. Immerhin, in der „heute show“ wird nicht jeder erwähnt. Müller ist aber im Gegensatz zu anderen noch ganz gut weggekommen. Immerhin hat man ihm zugestanden, reden zu können. Bei anderen Ministerpräsidenten fragte Gernot Hassknecht, „wer ist das denn, den kennt doch nicht mal seine Frau.“

Bei dem von Tagesspiegel Chefredakteur Lorenz Maroldt herausgegebenen Newsletter „Checkpoint“ muss es sich eindeutig um Satire handeln. Journalistisch ist aus den Texten wenig rauszuholen, sieht man von der Auflistung der Todesfälle ab.

Und so konnte man erwarten, dass sich der Checkpoint über die Regierungserklärung von Michael Müller, vorgetragen auf der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vor der Wahl, hermacht. Maroldt nimmt Bezug auf einen Artikel seines Redakteurs Ulrich

Zawatka-Gerlach. „Die Rede des Regierungschefs und SPD-Spitzenkandidaten Michael Müller gipfelte ... in der Mahnung, dass man aufhören sollte, diese fantastische Hauptstadt mit ihrem hervorragenden Potenzial schlechtzureden. Berlin werde auch deshalb mit Kritik und Spott überzogen, weil die Stadt wegen ihres wachsenden Erfolgs von außen argwöhnisch beobachtet werde.“ Für diese Aussage hat UZG nur eine Wertung übrig: „Was für ein Quatsch!“ Und weiter: „Das Wohlwollen, das der Hauptstadt bundesweit und international entgegengebracht wird, ist fast grenzenlos. Die einzige Lachnummer ist das Versagen dieses Senats - nicht auf allen, aber auf zu vielen Ebenen.“ Was das internationale Wohlwollen anbelangt, mag die Aussage zutreffen, nicht aber das bundesweite. Da ist für viele Bundesbürger, von denen viele gern Berlin einen Besuch abstatten, die Hauptstadt im Wesentlichen ein Kostenfaktor.

Natürlich fühlt sich der Tagesspiegel beim Vorwurf „Schlechtreden“ nicht angesprochen. Maroldt: „Tatsächlich ist es bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit der Regierende (und so mancher Koalitionär) sich und seine Politik mit ‚der Stadt‘ verwechselt. Weder wird ‚die Stadt‘ schlechtgeredet, noch wird die Senatspolitik ‚schlechtgeredet‘ – der Senat (und die ihn tragende Koalition) macht einfach leider in vielerlei Hinsicht schlechte Politik, und darüber wird geredet. So einfach ist das.“ Nach wie vor: ein völliges Ausblenden der eigenen Rolle. Der Tagesspiegel ist nicht verpflichtet, Vorschläge zu unterbreiten, wie man was besser machen könnte. Die Zeitung weiß aber immer, was alles schlecht ist. Der Tagesspiegel merkt in seinem Hass auf den Senat schon gar nicht mehr, welche Art Journalismus er betreibt. Das Naserümpfen anderer Hauptstadtjournalisten über Maroldts „Checkpoint“ bekommt er offenbar in seinem Paralleluniversum gar nicht mehr mit. Maroldts Lieblingssatz: „Dabei ist die Stadt nicht (nur) wegen der Regierungspolitik so faszinierend, sondern (viel zu oft) ihr zum Trotz.“ Und weiter: „Selbst die offensichtlichste Pleite wird fatalistisch zur Folklore verkürt, und dazu passt auch, dass der CDU-Abgeordnete Stefan Evers ausgerechnet während der Debatte über den Erfolgsschlag BER an die Opposition gerichtet in die selbe Tröte quäkte: ‚Man muss die Stadt hier nicht schlecht reden - das macht schon der Checkpoint.‘“ Wenn er Recht hat, hat er Recht.

Wenn es so einfach wäre, die geradezu entsetzliche und teure Geschichte des BER allein den Politikern in die Schuhe schieben zu können, wäre ja jede Kri-

tik berechtigt. Die Sache stellt sich leider viel komplizierter dar. Das weiß man beim Tagesspiegel, es spielt aber keine Rolle. Damit das Image, nur über vermeintlich Negatives zu berichten, etwas durchbrochen wird, berichtet jetzt der „Checkpoint“ täglich über Erfolgserlebnisse seiner Leser in den Bürgerämtern und beim LaGeSo.

Für Zawatka-Gerlach war die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters (nachzulesen unter <http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2016/pressemitteilung.490639.php>) eine „Lachnummer.“ Allerdings mit Fragezeichen.

„Als gäbe es nichts Wichtigeres, das den Berlinern unter den Nägeln brennt – in der letzten Parlaments-sitzung vor der Sommerpause gab der Regierende Bürgermeister Michael Müller eine Regierungserklärung zur Rolle Berlins als Hauptstadt ab. Das schadet nicht. Aber viel besser wäre es gewesen, drei Monate vor der Abgeordnetenhauswahl eine ehrliche Debatte über den Zustand der Stadt zu entfachen, die als Parlaments- und Regierungssitz, aber auch als erblühende Wirtschaftsmetropole eine Vorbildfunktion für Deutschland zu erfüllen hätte. Es aber nicht schafft.“ Ist es wirklich so, dass es Berlin nicht schafft? Nicht schaffen kann? Und das „nur“, weil unsere Politiker zu unfähig sind?

Natürlich kann man über alles reden, das wird in den Wahlkampfveranstaltungen der nächsten Wochen geschehen. Übrigens ist Michael Müller seit Monaten in allen Bezirken und bei zig Organisationen unterwegs und stellt sich den Fragen der Bürger. Da sieht das Bild häufig etwas anders aus als es der Tagesspiegel verbreitet.

Ein Datum jedoch, wie die Entscheidung vor 25 Jahren, Berlin zum Regierungs- und Parlamentssitz zu bestimmen, kann der Senat nicht einfach ignorieren. Es ist die wichtigste Entscheidung für Berlin nach der langen Zeit des Inseldaseins umgeben vom Eisernen Vorhang und das wichtigste Datum nach dem Fall der Mauer.

Die Große Koalition sei an der Aufgabe, „Berlin kraftvoll voranzubringen“ „größtenteils gescheitert“, so UZG. „Ja – die Wirtschaft boomt, die Touristen kommen in Scharen, und in diesen Sommertagen präsentiert sich die deutsche Hauptstadt charmant und lebensfroh. Aber Berlin ist sozial tiefer gespalten denn je, die Infrastruktur verkommt und die öffentliche Verwaltung ist von Grund auf erneuerungsbedürftig“, schreibt er. Ist Berlin wirklich heute tiefer gespalten, denn je? Welche Zeitspanne ist gemeint?

Seit 2011 oder seit wann? Werden nicht Millionenbeträge in die Infrastruktur investiert? Sie die Baustellen nur ein Fake, oder passiert da wirklich etwas? Ist die Berliner Verwaltung von „Grund auf erneuerungsbedürftig“? Das klingt so, als liefe gar nichts mehr. Es muss mehr Personal eingestellt werden, um die Aufgaben zu bewältigen. Ja. Aber geschieht das nicht? UZG beschreibt das Bild einer sterbenden Stadt mit kleinen Silberstreifen. Touristenmotto: Kommen Sie nach Berlin, so lange es Berlin noch gibt. Nein, Spitzenpolitiker zu sein, ist kein Traumjob. So viel Schmerzensgeld kann man als Gehalt gar nicht bekommen, um diese ständigen Anfeindungen und Negativkommentare nur halbwegs ertragen zu können.

Zawatka-Gerlach geht auch auf den bereits auf vollen Touren laufenden Wahlkampf ein. „Den Berlinern steht in jedem Fall ein merkwürdiger Wahlkampf bevor. So wie es jetzt aussieht, kann man nach dem Sommerurlaub wählen, was man will – es kommt immer Rot-Rot-Grün dabei heraus. Die Sozialdemokraten in der Hauptstadt scheinen, ob mit Meier oder Müller an der Spitze, mit einer Ewigkeitsgarantie für das Regierungsamts ausgestattet zu sein. Es sei denn, dass es den Grünen gelingen sollte, aus Versehen stärkste Partei in Berlin zu werden. Doch für jeden Senat, der nach dem 18. September regiert, hat die Grünen-Fraktionschefin Antje Kapek im Parlament einen schönen Wunsch ausgesprochen: „Eine pulsierende Hauptstadt braucht eine pulsierende Politik.“ Da sich eine Grüne Beteiligung am nächsten Senat kaum wird verhindern lassen, kann es ja nur aufwärts gehen. Mal sehen, wie dann die Berichterstattung im Tagesspiegel ausschaut. Wenn es egal ist, wer welche Partei vertritt, dann bräuchten Politiker gar nicht mehr in der Öffentlichkeit zu erscheinen. Aber auch hier irrt UZG.

Schaut man sich die neun Umfragen an, die in diesem Jahr erschienen sind und teilt sie durch die Summe der Vorhersagen, so käme die SPD auf 25,8 %, die CDU auf 19,4 %, die Grünen auf 18,5 %, die FDP auf 4,6 % und die AfD auf 9,9 %. Ob die Grünen vor der CDU am 18. September durchs Ziel laufen, ist noch nicht gewiss. Gegenwärtig reicht es weder für Schwarz-Grün noch für Grün-Schwarz auch nicht mit Unterstützung der FDP. Rot-Grün hat ebenso keine Chance wie Rot-Rot. In einem Punkt hat UZG derzeit Recht, es ginge nur Rot-Grün-Rot. Und dass es den Grünen gelingen sollte, ausversehen stärkste Partei zu werden, ist unwahrscheinlich. Und wenn, dann nicht ausversehen, sondern absichtlich. **Ed Koch**